

Rudolf Schmidt, Dorfstraße 30, 13597 Berlin

An den
Bundesgerichtshof
XI. Zivilsenat
76133 Karlsruhe

Vorab per Fax an 0721 159-2512

26.12.2017

Geschäftszeichen XI ZR 589/17

Sehr geehrte Damen und Herren,

in vorbezeichnetem Rechtsstreit möchte ich hiermit Prozesskostenhilfe beantragen. Ich bin durch eine Entscheidung des Kammergerichts Berlin in meinem Recht auf rechtliches Gehör sowie in meinem Anspruch auf meinen gesetzlichen Richter verletzt worden. Wichtiges Vorbringen aus einem fristgerecht eingereichten Schriftsatz ist nicht berücksichtigt worden und die Entscheidung ist ohne Eilbedürftigkeit unter Übergehung meiner gesetzlichen Richter getroffen worden.

Die Anwaltskanzlei Scheuch & Lindner, die für mich Nichtzulassungsbewerde eingelegt hatte, hat am 21.12.2017 das Mandat niedergelegt, da ich den Kostenvorschuss nicht aufbringen konnte.

In der Anlage finden Sie die Erklärung meiner persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse nebst meine Angaben belegender Dokumente.

Beigefügt sind zudem die fraglichen Beschlüsse des Kammergerichts vom 28.08.2017 und 24.10.2017, der in wesentlichen Punkten unberücksichtigt gebliebene, fristgerecht eingereichte Schriftsatz meiner Rechtsanwältin vom 25.08.2017 sowie die Gegenvorstellung meiner Rechtsanwältin vom 07.09.2017.

Sollten Sie weitere Unterlagen für Ihre Entscheidung benötigen, lassen Sie mich dies bitte wissen.

Mit freundlichen Grüßen,

Rudolf Schmidt